Sehr geehrte Damen und Herren,

werter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

werte Stadtverordnete,

vorab möchte ich das Erfreulichste an dem vorgelegten Doppelhaushalt hervorheben: Seit 2016 ist dies nun schon der fünfte und sechste Haushaltsplan mit einem positiven Ergebnis. Dies traf zwar bereits für den Haushaltsplan 2015 zu -wie wir jedoch wissen, wurde aus einem leichten Überschuss von rund 80.000 Euro zum Jahresende hin ein Minus von über sechs Millionen Euro.

Dies war in den vergangenen vier Jahren nicht mehr der Fall. Im Gegenteil: Die Nachträge, beziehungsweise Berichte wiesen einen höheren Betrag als deren Ansätze aus. So zeigt beispielsweise der abschließende Quartalsbericht für das Jahr 2019 eine Erhöhung vom Planansatz von rund 11 Millionen Euro (Ergebnis: rund 18 Mio).

Die nächsten beiden Jahre wiederum sind mit einem Ergebnisplus von rund einer Millionen Euro in 2020 und rund 300 Tausend Euro für 2021 angesetzt.

Dass solche Jahresabschlüsse nicht von Ungefähr kommen, muss auch Erwähnung finden: Selbstverständlich schlägt das bundesweite Wirtschaftswachstum auch in unserer Stadt Wurzeln. Nicht so tiefe wie im Rhein-Main-Gebiet oder in Regionen mit anderer Wirtschaftsstruktur, jedoch vermag es selbst unserem *traditionell* klammen Haushalt etwas auf die Sprünge zu helfen.

So hat sicherlich auch die Gesamtentwicklung unserer Stadt einen erheblichen Einfluss auf das Abschneiden der vorherigen Haushalte und des heutigen Planansatzes.

Entwicklungen, an welchen maßgeblich die SPD Fraktion, gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern und dem von ihnen getragenen Magistrat Verantwortung zeichnen.

Seit 2012 befindet sich Wetzlar im steten Wachstum. Fast 54.000 Einwohner zeugen von einer immer attraktiver werdenden Stadt.

Dass das Ganze nicht alleine auf die Wetzlarer *Ur-Einwohnerinnen und Einwohner* zurückzuführen ist, sollte jedem klar sein. Migration und Landflucht tragen zur Einwohnerentwicklung bei. Allerdings ist es kein natürlicher Automatismus, dass diese Leute in die **Perle Mittelhessens (Wetzlar)** ziehen. Im Gegenteil: Wenn Menschen sich erst einmal im "Umzug" befinden, stehen ihnen alle Möglichkeiten offen, sich woanders niederzulassen. In der Konkurrenz mit anderen Gemeinden galt und gilt es daher Wetzlar als attraktiven Lebens-, Wohnungs- und Arbeitsstandort zu entwickeln.

Hierzu haben wir in der Vergangenheit einen großen Beitrag geleistet: Mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft sorgen wir sukzessive für den Ausbau an bezahlbaren Wohnraum. Mit der Auflage neuer Baugebiete (wie die Schattenlänge in Münchholzhausen oder dem Baugebiet Rothenberg in Hermannstein) bieten wir jungen Familien die Möglichkeit, sich bei uns dauerhaft niederzulassen.

Mit dem Abriss und der Neugestaltung des Lahnhofes haben wir einen Beitrag zur Wohnraumerschließung (Siedlungsverdichtung) in der Innenstadt geleistet und gleichzeitig Flächen mit einer seit jeher von Leerstand dominierten Ladenpassage, in eine neue Nutzung überführt.

Ebenso zur Stadtentwicklung gehört der Abriss des aktuellen Stadthauses am Dom. Ein neues Altstadtzentrum wird entstehen. Mit einem modernen Kino wird die Altstadt zusätzlich an Attraktivität gewinnen. Mit dem Umzug der KiTa Marienheim in ein futsch neues, modernes Gebäude werden den gestiegenen Ansprüchen an frühkindlicher Erziehung Rechnung getragen. Mit dem Bau eines Parkhauses an der alten Stelle der KiTa, direkt am Eingang zur Altstadt, ergibt sich eine völlig neue verkehrliche Gestaltung. Ein autofreier Domplatz sei hier als Paradebeispiel anzuführen – ein nicht unerheblicher Zuwachs von Lebensqualität – nicht nur für Besucher, sondern auch für Bewohner der Altstadt.

Neben der Kernstadt wurden die Stadtteile und Ortsbezirke bei all unseren Vorhaben stets mitbedacht: Neben der Kindertagesstätte Dalheim waren wir für die Umbauten an den KiTas Münchholzhausen, Dutenhofen, Steindorf und Blasbach federführend; so **auch** beim fortschreitenden Stadtumbau Westend.

Positiv anzumerken ist, dass gerade in den Stadtbezirken Dalheim, Westend und Niedergirmes sich im Rahmen der Projekte "Soziale Stadt" (welche wir weitergeführt haben) eine engagierte Bürgerschaft gebildet hat, welche auch noch über die jeweiligen Förderperioden hinaus besteht. Dies sollte als angenehmer "Nebeneffekt" hier nicht unerwähnt bleiben. Wir als SPD-Fraktion begrüßen das und unterstützen die Anwohnerinnen und Anwohner in ihrer Forderung nach einer dauerhaften Mitspracheinstitution.

Ferner wurden in den vergangenen Jahren in hohen Maßen Straßen und Kanäle im gesamten Stadtgebiet erneuert und saniert (Das ist ihnen ja sicherlich nicht entgangen. Hatten diesbezüglich hier einige Diskussionen). Etwas, das wir als selbstverständlich hinnehmen. Erst wenn diese nicht mehr funktionieren, wissen wir, was wir an einer nachhaltigen Pflege unserer Infrastruktur haben. Dass die Sanierung eines Kanals nicht so sexy ist, wie die Eröffnung eines Museums oder Optikparkours, das steht außer Frage. Der gesellschaftliche Nutzen jedoch ist ungleich höher. So soll auch in Zukunft eine zuverlässige Infrastruktur sichergestellt werden. Beispielhaft möchte ich hier die Summe von 2,7 Millionen Euro pro Jahr allein für die EKVO nennen sowie die über 5 Millionen Euro für Straßensanierungen.

Diesen Trend der steigenden Wohn- und Lebensqualität möchten wir nun mit dem kommenden Doppelhaushalt fortsetzen.

Aber auch das Thema Gewerbeentwicklung sind wir in den vergangenen Jahren angegangen: So haben wir eine große Fläche im bestehenden Gebiet *In der Murch* in Steindorf angekauft und damit "vermarktbar" gemacht. Ebenso kauften wir Flächen im geplanten Gewerbegebiet Münchholzhausen an und veranlassten als Koalition den Magistrat dazu, ein Konzept zur ökologisch-nachhaltigen Gestaltung des Bebauungsplanes vorzulegen – hier wollen wir neue, zukunftsweisende Wege gehen.

Dies alles waren stets richtige und mit Bedacht gefasste Entscheidungen. In einer Region nahe dem Rhein-Main-Gebiet ist Wetzlar ein äußerst attraktiver Standort (Anfragen von Unternehmen belegen dies). Nichtsdestotrotz befinden wir uns in Konkurrenz mit anderen Kommunen (Gießen Marburger Straße, Ursulum). Um eine nachhaltige und diverse Gewerbestruktur zu garantieren, bedarf es einer steten Entwicklung alter und neuer Gewerbeflächen. Arbeitsstandorte sind auch schon immer Wohnstandorte gewesen (Sonst würde Frankfurt nicht wachsen). Als reine Schlafstadt werden Wetzlar und Ortsteile nicht überstehen. Hinzu kommt die Abhängigkeit einer ausreichenden Gewerbesteuer. So bleibt es wichtig, in Zukunft weiterhin eine intelligente Gewerbeentwicklung zu begleiten. Die Weichen dazu stellen wir mit dem vorliegenden Planansatz.

Mit dem neuen Haushalt möchten wir Wetzlar fit für die zukünftigen Herausforderungen des neuen Jahrzehnts und darüber hinaus machen.

In erster Linie sind hierzu die geplanten Investitionen zu nennen (2020: 30 Mio.; 2021: 39 Mio.). Dringend notwendige Projekte wie der Neubau der Feuerwache 1 und die verkehrliche Erschließung der Schulzentren sind Beispiele.

Aber auch beim Thema *Personal* sind Entscheidungen für kommende Aufgaben zu treffen: Zusätzliche Feuerwehrkräfte um die Tagesalarmbereitschaft sicherzustellen; Bauspezialisten, welche zukünftige (sicher nicht weniger werdende) Projekte anstoßen und begleiten und natürlich zusätzliche Kräfte im Bereich Jugend und Soziales – ein Bereich, welcher in den vergangenen Jahren eine sehr bedenkliche Entwicklung aufzeigte. Höhere Zahlen bei der Inobhutnahme waren immer wieder Anlass für Haushaltsanpassungen. Dieser Entwicklung soll mit vermehrtem Personalaufkommen Rechnung getragen werden, um im Interesse der Betroffenen schnelle, zielgerichtete Lösungen zu finden.

Unerwähnt soll hier nicht der Verhandlungserfolg des Magistrates mit dem Lahn-Dill-Kreis bleiben: Ein "Personalkostenzuschuss" in Höhe von 600.00 € trägt einen nicht unerheblichen Anteil zur Haushaltskonsolidierung bei.

Mit meinen bisherigen Ausführungen wollte ich einen Einblick der Dynamik der von uns begleiteten Stadtentwicklung und einen Ausblick auf den nächsten Haushalt geben. Aber auch darüber hinaus ergeben sich teils einmalige Chancen, welche ich kurz benennen möchte:

Ganz vorne muss hier die Hochbrücke der B49 genannt werden. Auch wenn die Entscheidung nicht bei uns liegt, so war es wichtig, dass wir uns gemeinsam für eine bevorzugte Lösung einsetzten. Aber egal welche Entscheidung in Berlin gefällt wird – wir werden mit dem Wegfall eines Zubringers in die Stadt für einige Zeit leben müssen. Auch darf nicht vergessen werden, dass die Brücke über die Bahntrassen am Gloelknoten in etwa zur gleichen Zeit ihre Lebensdauer überschritten haben wird. Neben der Chance, im bauplanerischen Bereich Synergien zu finden (gemeinsame Planung, gleiche Baufirmen), zeigt sich hier die einmalige Gelegenheit, die gesamte Wetzlarer Verkehrsführung neu zu überdenken, zu optimieren und anschließend umzusetzen. Im Vorgriff auf Tagesordnungspunkt 7 bitte ich schon einmal um Zustimmung (Sicherstellung der verkehrlichen Erreichbarkeit der Stadt), denn hier kann es kein "zu früh!" geben. Der Magistrat muss sich rechtzeitig dieses Themas annehmen.

Eine weitere Chance ist der *Tourismus*. Alleine drei neue Hotels deuten von einer steigenden Nachfrage Wetzlars als Messe- und Tourismusstandort. Der Tourismussbericht zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Der Ausbau attraktiver Radwege, zusätzliches Gewerbe, stärkere Bewerbung Wetzlars als Ausflugsziel sollten diesen Trend positiv beeinflussen.

Ebenso sollte die Einbindung des Freibadneubaus in ein Konzept zur Innenstadtentwicklung als Chance begriffen werden. Ausgestattet mit Planungsmitteln wird sich der neue Eigenbetrieb Bäder schon bald an die Realisierung des neuen Freibades machen.

Ein Beispiel, wie die Bündelung von Kompetenzen unter dem Dach **eines** Betriebes zum Vorteil eines Gesamtprojektes werden kann.

Etwas, was wir mit der Überlassung der städtischen Straßenbeleuchtung an die enwag genauso erreichen möchten.

Die Beispiele der bevorstehenden Chancen verdeutlichen, dass wir nicht nachlassen dürfen, sondern auch weiterhin unsere Gelegenheiten nutzen müssen.

Daneben gilt es natürlich, die Risiken nicht aus den Augen zu verlieren. Diese kann man unter den drei Überschriften Wirtschaft, Demografie und Kommunaler Finanzausgleich zusammenfassen.

Am einfachsten lässt sich das Risiko durch *Wirtschaftliche Entwicklungen* erläutern: Sollte es wieder zu einer Krise wie in 2009 kommen, werden unsere heimischen Betriebe kaum davon verschont bleiben. Gerade nationalistische Bestrebungen wie in den USA zeigen, wie fragil die Weltwirtschaft ist und wie schnell lokale Phänomene sich global auswirken können –

gerade in China der Fall (Coronavirus). Hinzu kommt, dass die Folgen des Brexits (auch so ein Nationalistischer Unsinn) noch nicht vollends absehbar sind. Hier bleibt uns vor Ort nur die schon oft erwähnte Diversität unserer heimischen Wirtschaft zu stärken, um solche Entwicklungen abzufedern, sprich: Wir brauchen ein breites Spektrum an Industrie und Dienstleistungen vor Ort. Dies schaffen wir nur durch Ansiedelung neuer Betriebe.

Obendrein dürfen wir auch nicht den Einzelhandel aus den Augen verlieren. Gerade die Bahnhofstraße und die Altstadt sind von Leerständen betroffen, aber auch das einstmals ausgelastete Forum sieht sich einem veränderten Konsumverhalten der Bevölkerung gegenüber. Hier muss im Interesse der Stadt noch mehr gegen den Leerstand gearbeitet werden (von Seiten der Stadt, aber vor allem von Seiten des Einzelhandels). Das Gesamtkonzept *Domhöfe* zielt in diese Richtung.

Dem demografischen Wandel wiederum kann nur mit einer gelungenen Unterstützung junger Menschen und Familien erfolgreich entgegengewirkt werden. Projekte wie Jung-kauft-Alt sind Beispiele dafür, ebenso wie der Ausbau einer flächendeckenden Kinderbetreuung sowie das Bereitstellen von Bauland und Arbeitsplätzen. Wir dürfen hierbei nicht außer Acht lassen, dass mit zunehmender Gewichtung unserer Bevölkerung ins "Rentenalter" die Einnahmen aus dem Einkommensteueranteil zurückgehen, ebenso wie die Kaufkraft. Dies ist mit Sicherheit die schwierigste Aufgabe für die kommenden Jahre und wie so oft sind wir dabei auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen.

Als letztes genannte Risiko möchte ich dann näher auf den kommunalen Finanzausgleich (KfA) eingehen, wobei man auch allgemein von den Forder- und Förderungen des Landes sprechen kann (um nicht Willkür zu sagen). Naturgemäß unterliegt der KfA (teils unberechenbarer) Schwankungen. Hier sind wir einzig und alleine vom Willen der Landesregierung abhängig, zukünftig mit ausreichend Mitteln ausgestattet zu werden. Es bleibt uns daher nur wieder darum zu bitten, dass Sonderstatusstädte wie Wetzlar zumindest nicht schlechter als bisher gestellt werden.

Im Zuge dessen soll das "Starke Heimat Gesetz" nicht unerwähnt bleiben: Durch die Fortführung des Fond Deutsche Einheit (zumindest ¾) entgehen hier der Stadtkasse hunderttausende von Euro. Stark wäre gewesen, die Gewerbesteuerabgabe wie versprochen, auslaufen zu lassen. Um, wie zumindest beteuert, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu gewährleisten, hätte man sich auch dem Instrument KfA bedienen können. So hätten die Kommunen nicht um ihr eigenes Geld in Form von Förderanträgen betteln müssen. Dies ist eine Taschengeldpolitik, welche ich aufs heftigste kritisiere.

Weiter kann man hierzu auch getrost die Gebührenfreistellung der Kindertagesstätten kritisieren. Wird doch nur ein Pauschalbetrag für die anfallenden ersten Stunden vom Land entrichtet (Nicht wie von der SPD gefordert komplett!). Folgeprobleme wie der erhöhte Personalbedarf, den Ausbau zu Ganztagesstätten und die generelle Planungsunsicherheit

werden den Kommunen überlassen. Hier möchte ich meine Forderung wiederholen, das Land soll die Erzieherinnen und Erzieher wie GrundschullehrerInnen behandeln und diese selbst einstellen. Auch sie übernehmen Erziehungsaufgaben und verdienen denselben Respekt wie Schullehrkräfte.

Man sieht also, dass auch das letztgenannte Risiko (Landesregierung) keinesfalls hier vor Ort behandelt werden kann. Hier sind wir alle miteinander den Entscheidungen in Wiesbaden ausgeliefert. Auch wurden die Mechanismen bei einem plötzlichen Wirtschaftseinbruch klar definiert (Zur Erinnerung): Der Haushalt muss ausgeglichen sein, das heißt im Krisenfall: Grundsteuern hoch. Dass sich im Zuge eines Abschwungs auch die Kreisumlage erhöhen wird, darf angenommen werden. Dies sieht für mich nicht nach einem weitblickenden Plan für etwaige Konjunkturschwankungen aus – das Risiko tragen wieder alleine die Kommunen.

Als Fazit kann man festhalten, dass unsere Arbeit in den vergangenen Jahren richtig war, alle Risiken und Chancen in Betracht zog und zur guten Entwicklung der Stadt beitrug. Sie war ausschlaggebend für die kommenden beiden Haushaltansätze. Dass die ausgewiesenen Überschüsse immer noch nicht reichen, ist ebenfalls hinreichend bekannt. Immer noch reicht der Ertrag des Haushaltes nicht aus, um die Ausgaben für Investitionen zu decken. Dies führt auch in diesem Jahr wieder zu einer Neuverschuldung. So bleibt auch in naher Zukunft kein Spielraum für teure Vorhaben, noch für Steuersenkungen. Altschulden welche beglichen und ein jahrelanger, geerbter Investitionsstau der behoben werden muss, machen einen Großteil des neuen Doppelhaushaltes aus, ebenso wie die Rücklagen zur Liquiditätssicherung.

Eine intelligente und nachhaltige Haushaltsplanung mit der gewissenhaften Verwendung der eingenommenen Mittel bleibt auch in Zukunft das A und O in unserem Hause. Fehler, welche vor zwanzig Jahren gemacht worden sind, konnten schon in den Folgejahren nicht mehr behoben werden und kommen uns **heute** teuer zu stehen. Versäumte Beitragserhebungen führten vor ein paar Jahren erst zu einer Rückzahlung von rund 200 Tausend Euro und die nicht zweckmäßig veranschlagten eingenommen Mittel zur Ersterschließung eines Baugebiets sind heute erneut Thema dieser Sitzung.

Dennoch sollen kluge Investitionen und Entscheidungen den Wohn- und Wirtschaftsstandort Wetzlar weiter voranbringen.

Und auch, wenn wir den letzten Doppelhaushalt 2018/19 erfolgreich abschließen konnten und nun einen neuen, ebenso gelungenen Ansatz verabschieden möchten, so haben wir noch genügend Pläne für die Zukunft:

Neben dem angesprochenen neuen "Verkehrskonzept" im Rahmen des Neubaus der B49, ist es ein gemeinsames Ziel, den ÖPNV weiter auszubauen. Hier sollten wir uns nicht nur auf das Stadtgebiet beschränken, sondern auch Nachbarkommunen verstärkt mit einbeziehen. Eine Beschränkung auf den Busverkehr sollten wir da hinter uns lassen.

Im Zuge dessen gilt es auch den öffentlichen Raum wie Bushaltestellen, Verwaltungsgebäude und andere Einrichtungen des Alltags barrierefrei umzurüsten.

Eine weitere Herausforderung wird die immer wichtiger werdende Digitalisierung sein. Dass wir hier auf einen guten Weg sind, kann dem Haushalt entnommen werden. Zusätzlich wurden wir Stadtverordnete erst kürzlich über die Netzwerkstrukturen des Rathauses und der Verwaltung aufgeklärt (eine gelungene Veranstaltung). Ob es dort weiterer 10.000 € für die Erstellung von PDFs bedarf, wage ich zu bezweifeln. (Dazu aber nachher mehr).

Ebenfalls zu einem noch wichtigeren Faktor sollte der *Hochschulstandort Wetzlar* werden. Wir sollten in Zukunft noch stärker daran arbeiten, StudiumPlus zu einer größeren Niederlassung zu in Wetzlar zu verhelfen.

Neben den eben bereits beschriebenen Personalentwicklungen in den Bereichen Soziales, Feuerwehr und Bau wird auch zukünftig die öffentliche Sicherheit und Ordnung eine Rolle spielen. Für das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger soll etwas unternommen werden, ebenso wie gegen die ganz reellen illegalen Müllablagerungen in unseren Wäldern und Plätzen (das ist unmöglich). Jedoch hat die Entscheidung des OLG Frankfurts, den Einsatz von *privaten* Wachleuten zu verbieten, die Lösungsfindung für Kommunen nicht leichter gemacht. Ob sich dadurch ein freiwilliger Polizeidienst noch etablieren lässt, bleibt fraglich. **Indes** unterstützt dieser Beschluss die Forderung der SPD Hessen, die Polizei personell zu vergrößern und auch den Kommunen vermehrt Mittel an die Hand zu geben, ihre Ordnungsämter ausreichend zu besetzen.

Bei all den Vorhaben in der Stadt und den Statteilen dürfen wir jedoch nicht die Schwächeren unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den Augen verlieren. Mit der Wetzlar Card versuchen wir einen (zugegeben kleinen) Teil beizutragen, wirtschaftlich Schwächeren eine Teilhabe am Stadtleben zu gewährleisten (dazu zählt auch die Mobilität) und Wertschätzung zukommen zu lassen. (Dass die Damen und Herren der Opposition für eine Abschaffung der Wetzlar Card stehen, ist mir bekannt. Mich würde jedoch die Antwort brennend interessieren, wie sie diesem Teil unserer Stadtbevölkerung stattdessen die gebührende Unterstützung und Wertschätzung zukommen lassen möchten). Für die gesamten Probleme in unserer Stadt ist dies natürlich kein Patentrezept (gibt es auch nicht). Eher ist es wichtig viele einzelne, teils individuelle Lösungen anzubieten. So könnte in Zukunft die Förderung des "zweiten Arbeitsmarktes" eine stärkere Rolle spielen.

Richtig ist, dass wir bei all diesen Entscheidungen, wie auch in der Vergangenheit, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mitnehmen werden. Seit 2011 (Beginn unserer Verantwortung) haben wir eine Bürgerbeteiligung etabliert, wie sie zuvor in Wetzlar noch nicht existierte. Sei es bei ISEK, dem Freibad oder den Domhöfen. (Aber auch beim Thema Straßenbeiträge haben wir uns nicht weggeduckt und mehrere Infoveranstaltungen durchgeführt und standen Rede und Antwort.). Dass am Ende nicht jeder zufrieden ist und

auch nicht alle Antworten der eigenen Meinung entsprechen, das liegt in der menschlichen Natur, jedoch ist es immer unser Ziel gewesen, möglichst viel Akzeptanz für unsere Projekte in der Bevölkerung zu gewinnen und diese mitzunehmen. Und dies wird auch so bleiben. Hier haben wir keinen Nachholbedarf in Sachen Bürgerbeteiligung!

Daher bin ich gespannt, welchen Beteiligungsvorschlag sie uns bei der späteren Antragsbesprechung zum Gewerbegebiet Mhh Nord unterbreiten (sie werden ja wohl eine Idee haben, wie ihre geforderte Beteiligung aussehen soll – bin gespannt).

Natürlich möchte ich mich, wie sich das gehört, noch bei den Angestellten der Kämmerei bedanken und sagen, dass ich immer wieder begeistert bin, wie dieses mächtige Zahlenwerk zu Stande kommt.

Abschließend möchte ich selbstverständlich um die Zustimmung zum Entwurf des Doppelhaushalts für die kommenden beiden Jahren werben. Wir schätzen ihn als rundum gelungenes Werk, mit der richtigen Prioritätensetzung und einer soliden Finanzplanung.

Er zeugt obendrein von Verantwortlichen im Magistrat und einer Koalition die anpacken möchten. Wir wollen nicht nur verwalten – wir wollen gestalten! Das haben wir bewiesen und werden dies auch in Zukunft machen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.